

Florian Pfaff

81925 München, 30.05.2010
Rudliebstr. 11
Tel.: 089-12764432

OFFENER BRIEF

Herrn
Bundespräsident Horst Köhler
Bundespräsidialamt, Spreeweg 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

als Staboffizier der Bundeswehr, dessen (erfolgreiche) juristische Auseinandersetzungen mit der Bundeswehr Ihnen vielleicht nicht entgangen sind, habe ich die Debatte um die neuen Einsätze der Bundeswehr, auch Ihr Interview auf dem Weg von Afghanistan zurück nach Berlin, mit großem Interesse verfolgt. Ich danke Ihnen, dass Sie unsere Soldaten im Einsatzland besucht haben (und keinen der korrupten afghanischen Politiker mit bekannter Nähe zum Drogenhandel).

Sie sind einer der wenigen Politiker, die offen reden und sich um die Diskussion der Kriege nicht herumdrücken. Ehrlichkeit und Mut zu Klartext findet man in diesen Kreisen leider selten.

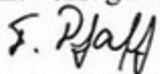
Zwar distanziere ich mich inhaltlich entschieden von jeder Forderung, nachdem überzeugende friedliche Argumente ausgegangen sind, d.h., sobald man glaubt, mit Diplomatie keinen Staat mehr machen zu können, Militär einsetzen zu dürfen (sogar im Zweifel), um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, z.B. für bessere Handelschancen, Arbeitsplätze oder zur Sicherung der Einkommen. Dies verstößt nicht nur gegen die guten Sitten, sondern u.a. gegen die UN-Charta, das Grundgesetz, den Zwei-plus-Vier-Vertrag und natürlich auch gegen das Strafgesetzbuch. Dennoch haben Sie der Nation und der Welt einen großen Dienst erwiesen, der überfällig war.

Durch die Klarheit Ihrer Worte ging ein „Ruck“ durch das Land, den bereits einer Ihrer Vorgänger gefordert hatte, worauf die Friedensbewegung leider lange warten musste: Nun wird diskutiert. Als ein Generalinspekteur der Bundeswehr forderte: „Wir müssen so etwas anbieten, was die Briten mit den USA im Irak gemacht haben.“, wurde diese Kriegshetze leider nahezu völlig verschwiegen. Ihre beinahe ebenso deutlichen Worte drangen dagegen nun an das Ohr der breiten Öffentlichkeit.

Ich danke deshalb, weil der Zeitpunkt günstig war. Die deutsche Bevölkerung ist noch nicht so lange von der Propaganda bearbeitet, dass derart Ungesetzliches hier lange haltbar sein könnte. In den USA fordert man bereits wieder Realitätssinn und ein Ende der Anfeindungen. Das wurde Zeit.

Sollten Sie jedoch gar nicht als „advocatus diaboli“ die nun eingetretene Reaktion im Auge gehabt haben, darf ich Ihnen den unverzüglichen Rücktritt nahelegen. Denn die Kriegskosten kommen nie herein. Selbst, wenn eine Ölpipeline durch Afghanistan in ein paar Jahren gebaut werden könnte, würde sie sich nie amortisieren. Darüber hinaus kann man einen Krieg gegen den Willen der Bevölkerung – auf beiden Seiten – sicher nicht gewinnen. Auch ohne Lügen und Propagandakosten leidet die Wirtschaft durch Krieg mehr als sie verkraften kann. Von der Moral ganz zu schweigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Florian D. Pfaff